Rolf Zander

Wi(e)der-sprüche

Politik in Presse-Zitaten seit 1968

2. gekürzte Auflage

Rolf Zander

Wi(e)dersprüche
Politik in Presse-Zitaten seit 1968

ROLF ZANDER

Wi(e)dersprüche

Politik in Presse-Zitaten seit 1968

Cordula Detel-Zander
(redaktionelle Mitarbeit)

2. gekürzte Auflage 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://portal.dnb.de abrufbar.

Rechtliche Hinweise

Verantwortlich für den Inhalt des Buches ist der Autor. Die dargestellten und im Buch besprochenen Inhalte stammen allesamt nachweislich aus öffentlich zugänglichen Quellen.
Um die besprochenen Widersprüche zu belegen, wurden vorliegend sogenannte vermischte Nachrichteninhalte als kurze Textpasssagen ohne Erläuterungen wiedergegeben, bei denen stets auf die betreffende Quellenangabe verwiesen wurde.

Persönlichkeitsrechte

Persönliche Angaben in diesem Buch, z.B. Klarnamen von Personen des öffentlichen Lebens (meist Politiker), stammen aus öffentlich zugängigen Quellen, wie Zeitungsberichten und -Artikeln. Deren Verwendung erfolgt ausschließlich im Rahmen der Nutzung der entsprechenden Zitate. Bei der sorgfältigen Auswahl der Zitate wurde stets darauf geachtet, dass die besprochenen Themen nicht der sogenannten Intim-, der Privat- oder der Sozialsphäre der jeweiligen Person zuzuordnen sind. Die im Buch besprochenen Inhalte sind nach Auffassung des Autors stets von gesellschaftlicher Relevanz und dienen dem Informationsinteresse der Allgemeinheit.

Bilderrechte

Für die verwendeten Bilder wird der Rechtsinhaber angegeben.

ISBN 978-3-98527-039-2

Copyright (2021) Rediroma-Verlag

Alle Rechte beim Autor

www.rediroma-verlag.de
15,95 Euro (D)

Das Buch

Ein junger Assistenzarzt tritt seine erste Stelle 1968/69 in Berlin an, interessiert sich schon immer für Politik und beginnt, sich mit ihr neu auseinander zu setzen. Weil ihm so viel Widersprüchliches auffällt, fängt er an, Zeitungsausschnitte zum Thema Widersprüche in der Politik zu sammeln.

50 Jahre später umfasst die Sammlung 6 Umzugskisten mit Zeitungs-Ausschnitten, die in 40 Stehsammlern münden und zum Schluss in 12 Ordnern konzentriert verwertet werden. Die Zitate dieser Sammlung werden jetzt für das Buch-Manuskript digitalisiert und mit den Original-Zeitungsausschnitten archiviert. Diese Zeitungsartikel stellen Unikate dar, da die Tageszeitungen üblicherweise erst seit ca. 1990 in digitalisierter Form vorliegen.

Jetzt kann sich der Leser sein eigenes politisches Bild der letzten 50 Jahre von 1968 bis 2017 machen, und damit:

- den langweiligen Wahlkampf 2017 einordnen,
- die heutige Politikverdrossenheit oder Radikalisierung verstehen,
- den Parteien Themen für das nächste Wahlprogramm vorschlagen und
- den entscheidenden Bundestags-Wahlkampf 2021 mitgestalten.

Die Autoren

Prof. Dr. med. Rolf Zander, geboren 1942 in Braunschweig. Als Hochschullehrer war er an der Universität Mainz in Forschung und Lehre mit dem Schwer- punkt Physiologie tätig und hat umfangreich publiziert. Seit über 50 Jahren ist er als politisch Interessierter ein kritischer Zeitungsleser und verfügt über eine umfangreiche Zitatensammlung deutscher Presseartikel.

Cordula Detel-Zander, geboren 1953 in Tübingen, war bis September 2016 in der Pharmazeutischen Industrie tätig. Seit 15 Jahren betreiben sie gemeinsam ein kritisches nicht-kommerzielles, Open Access Wissenschaftsportal. Dabei haben sie Erfahrungen im Veröffentlichen von medizinischen Inhalten gesammelt. Mit ihrem ersten politischen Buch Wi(e)dersprüche, einer umfangreichen Zitatensammlung deutscher Presseartikel aus 50 Jahren, betreten sie Neuland. Grundlage dafür ist, dass Rolf Zander seit 50 und Cordula Detel-Zander seit 25 Jahren die Tagespresse aufmerksam verfolgen. Der Versuchung, in eine politische Partei einzutreten, sind die Autoren bis heute nicht gefolgt, die Begründung dazu ergibt sich aus dem Epilog dieses Buches.

Sie sind verheiratet und leben in Mainz am Rhein.

Inhalt

Prolog **11**

Widersprüche **12**

Varia *12*

Widersprüche und 'Wiedersprüche' **37**

Antisemitismus *37*
KZ-Gedenkstätte Buchenwald – Sieg-Heil-Rufe und Hitlergruß

Ausgegrenzte *40*
Einkommen durch Betteln kürzt Unterstützung aus Hartz IV.
Bettelei zur Belästigung erklärt, Bußgelder ausgeschrieben

Ausländer – Asylanten – Rassismus *45*
Eros-Center in Hannover: für Ausländer verboten
Ärztliche Versorgung grundsätzlich den deutschen Ärzten vorbehalten

Auszeichnungen und Preise *51*
Auszeichnungen und Preise sind wie Hämorrhoiden:
Früher oder später bekommt sie jedes Arschloch
(Billy Wilder, amerikanischer Regisseur, 1906 - 2002)

Autobahn ÖPP (Öffentl.-Priv. Partnerschaft) *56*
Gesellschaft im vollen Besitz des Bundes:
Wert 240 bis 270 Milliarden Euro

Bayern *59*
Bayrische Art, wenn hart hingelangt wird
Seehofer: Gesetz soll künftig die Vetternwirtschaft untersagen

Bestechung – Bestechlichkeit – Interessenkonflikt *74*
Gesetz gegen Korruption von Abgeordneten:
Siegfried Kauder (CDU) dafür, Volker Kauder (CDU) dagegen

Bundesverdienstkreuz *79*
Dieses Geschachere ist unwürdig

Bundeswehr *82*
1998: Rechtsextremistische Vorfälle vervierfacht

CDU *96*
Die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus ist vorbei.
Schatzmeister auf dem Weg der schweren Kriminalität

CSU *106*
Wer betrügt, der fliegt

Dissertationen *110*
Scheuer (CSU): Die politische Kommunikation der CSU im System Bayerns

Dissertation Guttenberg *116*
Die Universität Bayreuth stellt fest, dass Herr Frhr. zu Guttenberg
die Standards evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht hat

Dissertation Schavan *120*
Die anerkannteste und profilierteste Bildungspolitikerin unseres Landes,
geistiger Diebstahl – 60 Täuschungsbefunde – ist kein Kavaliersdelikt

Doppelpass – Doppelte Staatsbürgerschaft *125*
Wahlrecht an den Aufenthaltsort koppeln, der Bürger wählt am Lebensmittelpunkt

Islam *128*
Der Islam gehört zu Deutschland, aber nicht zu Sachsen.
Die katholische Kirche lehnt Einschränkung der Religionsfreiheit der Muslime ab

Kartellstrafen *134*
2001 müssen die Anführer und Anstifter des Vitaminkartells
La Roche 462 und die BASF 296 Millionen Euro bezahlen

Kirchen *140*
Gratulationsschreiben an Hitler zum Geburtstag 1940.
Vatikan: homosexuelle Kandidaten konsequent aussieben

Kirchen – sexueller Missbrauch *152*
Kardinal Ratzinger stellte in einem Schreiben an alle Bischöfe der Welt
Fälle von Sexualvergehen unter die päpstliche Geheimhaltung,
deren Verletzung unter Kirchenstrafe steht

Klenk – Mainzer Industrieller *165*
Ehrenbürger der Universität Mainz
Staatsanwalt: Profitsucht in fast strafrechtliche Sphären abgeglitten

Kohl, Helmut *171*
Helmut Kohl befindet sich im Zustand des permanenten Verfassungsbruchs.
Helmut Kohl, Bundeskanzler: Wo ich sitze, ist die Mitte

Kopftuch *176*
Die Tracht der Nonnen religiös, ein muslimisches Kopftuch politisch

Kündigungen *182*
Akku im Büro aufgeladen: Keine Kündigung wegen 1,8 Cent.
Bonbon lutschen reicht nicht für Kündigung

Lange Haare *186*
Die männliche Haartracht in Mitteleuropa wechselte ständig
sie waren überwiegend lang, Beispiel Dürerselbstbildnisse

Managergehälter *188*
Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsratschef: Ich bin saudumm.
Vorstandsgehälter an der Entwicklung der Mitarbeitergehälter orientieren

Mehrwertsteuer *201*
Nicht ein Hauch von gesundem Menschverstand

Mia san mia – FC Bayern *204*
Es fehlt die vorgeschriebene Distanz zwischen dem Vorstand,
der die Geschäfte führt, und dem Aufsichtsrat, der sie kontrolliert

Mixa – Bischof von Augsburg *210*
Frühere Heimkinder können sich nicht mehr an mich erinnern,
ich erinnere mich auch nicht mehr an sie.
Weine im Wert von 5386,51 Mark ans Heim geliefert, Alkohol ist im Heim
verboten

Nazi-Juristen *213*
Kein Richter oder Staatsanwalt wurde rechtskräftig wegen seiner
Mitwirkung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen bestraft

Nebeneinnahmen von Abgeordneten *222*
Das Volk hat Anspruch darauf zu wissen,
von wem seine Vertreter Geld entgegennehmen

Parteien *228*
Vor der illegalen Finanzierung die Augen verschlossen.
Staatliche Finanzierung der Parteien die höchste der Welt

Politik & Wirtschaft – Miteinander *239*
706 Lobbyisten mit Bundestagsausweis – 630 Bundestagsabgeordnete

Polizei *248*
2012 bundesweit 9,9 Prozent mehr Polizisten im Dienst angegriffen
oder verletzt. 95 Prozent der Strafanzeigen gegen Polizisten wegen
Körperverletzung im Amt werden eingestellt

Polizei-Kessel *258*
Hamburgs Bürgermeister entschuldigt sich bei den Bürgern.
Hartes Hinlangen ist bayerische Art

Radikalenerlass *262*
BVG: Beurteilung nicht nach politischen Aktivitäten während des Studiums. Zugehörigkeit zu einer Organisation mit DKP-Mitgliedern reicht für die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst aus

Sitzblockade – Nötigung *271*
1987: Verurteilt wegen gemeinschaftlich begangener, gewaltsamer und verwerflicher Nötigung.
1995: Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts – friedliche Sitzblockade keine Nötigung

Soldatenurteil *282*
Soldaten sind Mörder – potentielle Mörder

Soldaten sind potentielle Mörder – Wehrmachtsausstellung *293*
Deutscher Botschafter in Griechenland gegenüber den Opfern: Normale Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung

Steuerabkommen mit der Schweiz *298*
Belohnungspaket für deutsche Steuerkriminelle und ihre Schweizer Helfer.
Bundespräsident: Wer Steuern hinterzieht, verhält sich asozial

Steuerfahnder / Steuerprüfer *304*
Das Risiko, erwischt zu werden, ist in Bremen fast dreimal so groß wie in Bayern. Millionäre werden mancherorts nur alle 20 Jahre geprüft

Steuergerechtigkeit *311*
40 Prozent der Beschäftigten verdienen heute nach Inflation weniger als vor 20 Jahren

Steuerhinterziehung *324*
Der Siemens-Konzern will eine Auftragsstudie zum milliardenschweren Schmiergeld-Skandal nach 2006 nicht veröffentlichen

Steuerhinterziehung – Beihilfe durch Banken *333*
Anschuldigungen empörend:
Commerzbank akzeptiert ein Bußgeld von 31,2 Millionen Euro,
Deutsche Bank ein Bußgeld von 59,3 Millionen Euro

Steuern der multinationalen Konzerne *336*
Auch Konzerne bekommen viel vom Staat:
Feuerwehr, Polizei, Straßen, Schulen

Tabak-Werbung *340*
Für ein todbringendes Produkt zu werben, ist schlichtweg unakzeptierbar

Tempolimit *345*
Deutschland ist weltweit das einzige Land ohne generelle Geschwindigkeitsbegrenzung

Trennung von Amt und Mandat *349*
Kein Gesäß ist so breit, dass jemand gleichzeitig auf der Regierungsbank und einem Abgeordnetenstuhl sitzen kann

Trunkenheit am Steuer *353*
Chef des Polizeipräsidiums ohne Papiere mit 1,91 Promille am Steuer

Verkehr – Maut – Fluglärm *357*
Hessens Ministerpräsident Bouffier fährt Audi A8 mit 500 PS
Hamburgs Scholz einen BMW 530d mit 258 PS

Volksentscheid – Bürgerentscheid *372*
Nicht über die Todesstrafe abstimmen.
Todesstrafe in Art. 21 der Hessischen Verfassung, in Bayern bis 1998

Wieder Sprüche 381

Ausdruck oraler Inkontinenz 381

Epilog 387

Prolog

Gott sei Dank bin ich Atheist, dieser Luis Buñuel zugeschriebene Widerspruch kann als ein besonders originelles Beispiel für einen Widerspruch gelten, auch deshalb, weil er so schön kurz formuliert ist. Dies gilt ebenso für den paradoxen Ausspruch des Schriftstellers und Satirikers Claudio Michele Mancini: *Spontaneität muss wohl überlegt sein*.

Dieses Buch beschäftigt sich mit den in den alten und später auch neuen Bundesländern unseres Landes tagtäglich auftretenden Widersprüchen anhand von *subjektiven* Beobachtungen über Deutschland in Form einer Sammlung von Zitaten aus der subjektiv ausgewählten Tagespresse, gesammelt über 50 Jahre von 1968 bis 2017 – mit einer Ausnahme aus 2018, als letzten Widerspruch unter Auszeichnungen und Preise.

Die Auswahl beinhaltet ausnahmslos wörtliche Zitate (über 1.200), in seltenen Ausnahmefällen grammatikalisch oder redaktionell umgestellt, redaktionelle Erläuterungen zum besseren Verständnis wurden in [eckige Klammern] gesetzt.

Zitate werden jeweils mit Datum (Jahr-Monat-Tag) und Quelle belegt (Allgemeine Zeitung Mainz – AZ Mainz, Deutsches Ärzteblatt – DÄ, Die Welt – WELT, Die Zeit – ZEIT, Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ, Frankfurter Rundschau – FR, Der Spiegel – Spiegel, Stern – Stern, Süddeutsche Zeitung – SZ).

Dabei wurde keine Unterscheidung zwischen Meldungen, Meinungen und Kommentaren vorgenommen. Falls – in seltensten Fällen – Leserbriefe aufgenommen wurden, sind diese als solche gekennzeichnet (LB). Die Richtigkeit von Fakten innerhalb der Zitate wurde unterstellt und nicht überprüft.

Aufgenommen wurden nur Zitate Deutschland betreffend, das Ausland wurde ausgespart. Lediglich zwei aus Sicht des Autors sehr wichtige Meldungen aus dem Ausland, die Folter betreffend, wurden als letzte Beiträge im Kapitel ‚Soldatenurteil' aufgenommen.

Widersprüche finden sich in diesem Buch in unterschiedlicher Form, charakterisiert mit folgendem Wortspiel:

- Offensichtliche ‚Widersprüche' (wider) innerhalb der gleichen Meldung sind der Klassiker.
- ‚Wiedersprüche' (wieder) – mehrfach wiederholte Widersprüche – lassen sich oft über einen längeren Zeitraum chronologisch in den ausgewählten Themen gemäß Inhaltsverzeichnis verfolgen.
- Werden ‚Wieder Sprüche' (platte, unüberlegte Sprüche) als Ausdruck einer oralen Inkontinenz interpretiert, werden sie unter Nennung des Autors zitiert.

Formale Hinweise:

Da es sich in allen Fällen um Zeitungs-Zitate (nicht Personen-) handelt, wurden Anführungszeichen (wörtliche Zitate) innerhalb eines Zitates weggelassen. Offensichtliche Schreibfehler wurden korrigiert. Die alte Rechtschreibordnung zu »ß« und »ss« wurde durch die neue ersetzt. Redaktionelle Erläuterungen wurden in [eckige Klammern] gesetzt.

Widersprüche

Varia

- Vor den Toren Avignons kippen Bauern aus der Provence tonnenweise grüne, gelbe und rote Äpfel in eine Kiesgrube.
- Für jedes weggeworfene Kilo bekommen sie aus Brüssel bis zu 30 Pfennig Ausgleichsprämie.

1984-11-29-Stern

- Während einer Rede von Norbert Blüm entspann sich folgende Kontroverse im Bundestag: Präsident Jenninger: Herr Kollege (Peter Sellin, Grüne), wenn sie eine Zwischenfrage stellen, dann nehmen sie bitte ihre Hände aus den Taschen.
- Schon wenig später steckte Minister Blüm selbst die Hand in die Tasche und zog sie auf Zurufe der SPD verlegen mit dem Ausdruck des Bedauerns wieder heraus.

1987-5-15-ZEIT

- Flugtag Ramstein: Während Regierungspräsident Schädler gestern forderte, den Flugtag sollten möglichst viele Bürger besuchen und damit ihre Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten und insbesondere mit den US-Soldaten zum Ausdruck bringen,
- hat die Evangelische Kirche der Pfalz ihre Mitglieder offiziell aufgefordert, dem Flugtag fernzubleiben: Derartige Veranstaltungen dienten der Zurschaustellung, Verharmlosung, Idealisierung und Vergötzung von Kriegsgeräten.

1988-8-26-AZ Mainz

- Helmut Kohl: Wir sind damit angetreten – und wir bleiben natürlich dabei, das ist, wenn sie so wollen, ein Gütesiegel dieser Regierung –, dass wir keine Schulden machen.
- Im verflossenen Jahr machte der Bund immerhin Schulden in Höhe von rund 37 Milliarden Mark und erreichte damit die bisherigen Höchstmarken von 1981 und 1982.

1988-12-30-ZEIT

- Dresden: Dass eine Bombardierung Massenmord ist, das sitzt uns hier wirklich in den Knochen. 3 500 Tonnen Bomben waren es, die in der Nacht des 13. Februar 1945 auf die Elbestadt fielen –
- auf den Irak und Kuweit seien inzwischen 400 000 Tonnen niedergegangen.

1991-2-13-AZ Mainz

- Ausgerechnet der Finanzminister hatte die – jetzt für verfassungswidrig erklärte – steuerliche Schonbehandlung von Zinseinahmen sogar zur Bedingung für seinen Eintritt in das Bundeskabinett gemacht.
- Jetzt zwingt das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu einer wirksameren Besteuerung der Zinsen – nicht mehr wie bisher allein auf dem Papier, sondern auch in der Praxis.

1991-7-5-ZEIT

- Landwirtschaftsminister Langen veranstaltete nur wenige Tage bevor er sein Amt an den Sozialdemokraten abgeben musste in Deidesheim für acht Personen ein Abschiedsessen. 2 427,90 Mark betrug die Rechnung, die später im Landwirtschaftsministerium eintraf.
- Tags zuvor hatte Langen für 2 215 Mark in Stadecken-Elsheim 40 Journalisten empfangen.

1991-10-16-AZ Mainz

- Wackersdorf sollte mit allen Mitteln durchgesetzt werden, wenn es sein musste – und es musste offenbar sein – mit Gewalt. Zum ersten Mal setzte die Polizei gegen Demonstranten CS-Gas ein, das nach dem Völkerrecht im Krieg zwischen Staaten verboten ist. Von über 3 300 Ermittlungsverfahren mussten schon im Vorfeld 2 300 wegen Geringfügigkeit oder mangelnden Tatnachweises eingestellt werden. Von knapp 1 000 Strafprozessen endeten 269 mit Freispruch, 186 Verfahren wurden eingestellt. In etwas mehr als 500 Fällen ergingen meist geringe Geldstrafen – am Ende blieb ein kleines Häuflein von nicht ganz einem Dutzend Haftstrafen, die bis auf einen Fall zur Bewährung ausgesetzt wurden.
- Der Staatsanwaltschaft lagen auch Hunderte von Strafanzeigen gegen Polizisten vor. Sie führten zu etwa 100 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung im Amt, Falschaussage oder Meineid.
- Diese Ermittlungsverfahren wurden alle eingestellt, nicht in einem einzigen Fall kam es zu einem Strafbefehl oder einer Anklage.

1991-11-22-ZEIT

- Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke (FDP) am 17. Mai 1973 zur Abtreibungsdebatte: Da Sie, die Männer, die Welt bisher so entscheidend geprägt haben, beurteilen Sie ganz selbstverständlich alle Dinge nach Ihren Maßstäben, als seien sie allein gültig und richtig.
- Verstehen sie bitte folgendes nicht als Angriff und nicht als Polemik: Frauen werden nie begreifen, warum eine Frau bestraft wird, wenn sie im zweiten Monat ein Kind abtreibt,

- nicht aber der Pilot, der über einer Wohngegend eine ganze Bombenladung ausklinkt.
- Sie haben durch Jahrtausende für das, was im Krieg geschah, eine besondere ethische Rechtfertigung entwickelt, aber sie wollen nicht anerkennen,
- dass eine Frau in einer Situation, in der sie ein unerwünschtes Kind erwartet, möglicherweise auch eine ethische Rechtfertigung für ihr Handeln hat.

1992-8-7-ZEIT

- Es darf gegen den Bau einer Moschee demonstriert werden.
- Aus dem Urteil des 21. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes: Ausländer müssen sich grundsätzlich auch wenn sie sich auf Dauer im Bundesgebiet aufhalten, gefallen lassen, dass zumindest ein gewisser Bevölkerungsanteil darüber seinen Unwillen öffentlich zum Ausdruck bringt und versucht, dies auf politischem Weg zu ändern.
- Den islamischen Gottesdienst nannten die bayerischen Richter eine provokativ auftretende Religionsausübung in besonders deutlich erkennbaren Moscheen.

1994-9-9-ZEIT

- Die UNESCO deklariert 1995 zum Jahr der Toleranz:
- MdB Erhard (CSU): Nazi; Herbert Wehner (SPD): Dippeldöppel; Hans-Jochen Vogel (SPD): geistiger Kleingärtner; Joschka Fischer (Die Grünen): Arschloch; Theo Weigel (CSU): adliger Klugscheißer; Wolfgang Schäuble (CDU): Schreihals; F.J. Strauß (CSU): Schmeißfliege.

1995-NN-Stern

- Die Gestapo hatte 32 000 Mitarbeiter für 80 Millionen Deutsche,
- die Stasi 97 000 Mitglieder für 16 Millionen Deutsche. Neben den 97 000 festangestellten verfügte die Stasi außerdem noch über 120 000 Informelle Mitarbeiter.

1995-1-13-ZEIT

- Bundesgerichtshof 1966: Die Frau genügt ihren ehelichen Pflichten nicht schon damit, dass sie die Beiwohnung teilnahmslos geschehen lässt. Wenn es ihr infolge ihrer Veranlagung oder aus anderen Gründen, zu denen die Unwissenheit der Eheleute gehören kann, versagt bleibt, im ehelichen Verkehr Befriedigung zu finden, so fordert die Ehe von ihr doch eine Gewährung in ehelicher Zuneigung und Opferbereitschaft und verbietet es, Gleichgültigkeit oder Widerwillen zu Schau zu tragen.
- Generalstaatsanwalt 1987: Das Intimleben von Eheleuten ist für den Staat tabu.

- Wolfgang Bötsch (CSU) 1991: Die Grenze zwischen einer Vergewaltigung im strafrechtlichen Sinne und dem Drängen mit einem anschießenden Nachgeben ist sehr fließend.

1995-3-23-St

- Das Bundesverfassungsgericht hat einen Paragraphen der bayerischen Schulordnung aufgehoben, der vorschreibt: In jedem Klassenzimmer ist ein Kreuz anzubringen.
- Denn jeder staatliche Zwang, Kinder unterm Kreuz lernen zu lassen, ist verfassungswidrig.

1995-8-18-ZEIT

- Beim Karlsruher CDU-Parteitag darf Einweggeschirr benutzt werden, obwohl
- laut Stadtratsbeschluss in öffentlichen Einrichtungen Porzellan vorgeschrieben ist.

1995-10-12-AZ Mainz

- Die CDU-Abgeordnete Renate Blank hatte bei der Bundestagssitzung am 1. Februar unentschuldigt gefehlt und sich stattdessen bei der Eröffnung der Nürnberger Spielwarenmesse vor die Kameras gedrängt.
- Trotzdem landete zur gleichen Zeit ihre Stimmkarte bei drei Parlamentsabstimmungen in der Wahlurne. Ein Kollege warf ihre Karte gleichzeitig mit der seinen ein. Die Schummelei fiel lauf.
- Pikant: Blank darf Schriftführerin bleiben – und bei Abstimmungen aufpassen.

1996-3-28-Stern

- Helmut Schmidt (SPD): Diejenigen, die heute Unternehmen leiten, sind zumeist nur angestellte Manager, die selber kein Unternehmen zustande gebracht haben. Sie sind einseitig dressiert auf finanzielle Effizienz
- und auch noch stolz darauf, wenn sie Arbeitsplätze abbauen und gleichzeitig die Aktien steigen.

1996-4-15-AZ Mainz

- Den durchschnittlich höchsten Krankenstand aller Betriebe und Behörden hat nach einem Bericht der Zeitschrift *Vital* das Bundesgesundheitsministerium.
- Dort seien die Mitarbeiter mit im Schnitt 36 Krankentagen im Jahr Spitzenreiter in Deutschland.

1996-10-30-AZ Mainz

- Im September 1994 hat die Hamburger Landesvertretung in Bonn Helmut Kohl zu einer Diskussion mit den Redakteuren von *Spiegel* und *Zeit* über die Macht der Medien eingeladen. Aus dem Absagebrief von Helmut Kohl: Ich bin sicher, dass eine dankbare Hörergemeinde mit den Herren diskutieren und am Ende zu der Überzeugung kommen wird: Es lohnt sich, in Deutschland links zu schreiben
- und rechts zu leben.

1996-11-15-ZEIT

- Die Zahl der westdeutschen Einkommensmillionäre ist nach einer Untersuchung der Bremer Arbeiterkammer zwischen 1989 und 1992 um 38 Prozent auf knapp 25 000 angestiegen.
- Parallel dazu kletterte die Zahl der Sozialhilfeempfänger um knapp 24 Prozent auf mehr als 3,3 Millionen Menschen.

1997-2-3-AZ Mainz

- Carl Maurice Lafontaine, zwei Monate alter Sohn von SPD-Vorsitzendem Oskar Lafontaine und seiner Frau Christa Müller, hatte am Freitag seinen ersten Presseauftritt. Bei strahlendem Sonnenschein stellten seine Eltern ihn
- im blühenden Garten der Saarbrücker Staatskanzlei der Öffentlichkeit vor.

1997-4-19-AZ Mainz

- Um die Sicherheit vor dem Volk zu gewährleisten, verlangen Kanzleramt und CDU-Bundestagsfraktion für das neue Regierungsviertel in Berlin eine möglichst großzügig bemessene Bannmeile. Nach den Plänen der Union soll der Sperrbezirk neben dem Reichstag und sämtlichen Bundestagsbüros sowie dem Kanzleramt und seiner Umgebung auch den Pariser Platz umfassen. Damit wäre auch das Brandenburger Tor, derzeit beliebteste Demo-Zeile der Hauptstadt, tabu. Rupert Scholz, Rechtsexperte der Unionsfraktion: Anders sei einer Nötigung der Parlamentarier durch das Volk nicht wirkungsvoll entgegenzutreten.
- Conradi (SPD): Wenn tausende von Lobbyisten unermüdlich die Parlamentarier beeinflussen, muss doch der gemeine Bürger auch seine Meinung zum Ausdruck bringen dürfen.

1997-7-21-Spiegel

- Zum Bonner Subventionsbericht: Und was haben die Subventionen gebracht, die sich unter der Ägide der Kanzlerschaft von Helmut Kohl verdoppelt haben? Erkenntnis des Trierer Universitätsinstitut für Mittelstandsökonomie: Regionen, die mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regiona-

len Wirtschaftsstruktur aufgepäppelt wurden, haben 83 000 Arbeitsplätze verloren,
- während in Gebieten ohne Förderung 400 000 neu entstanden sind.

1997-8-22-ZEIT

- Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) sagte, die Reform schaffe die notwendige Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Kosten aus der steigenden Lebenserwartung würden gerecht auf Jung und Alt verteilt.
- Die Renten würden dabei nicht gekürzt, sie stiegen nur langsamer als bisher.

1997-10-11-AZ Mainz

- Diese schnarchnasige Kultusministerkonferenz hat Hunderte von Beamten zehn Jahre lang mit der Frage beschäftigt, ob man Schifffahrt mit zwei oder drei f schreiben soll.
- Aber sie war unfähig, das Abitur in ganz Deutschland nach zwölf Jahren einzuführen [FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle].

2000-8-18-AZ Mainz

- Die Union nannte die Klimmt-Affäre einen Gipfel der Heuchelei. Klimmt sei der erste Minister, der vorbestraft ist, wetterte CSU-Landesgruppenchef Michael Glos.
- Das stimmte zwar nicht, denn 1993 war der ehemalige Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) sogar vorbestraft ins Amt gekommen.

2000-11-15-AZ Mainz

- Der Arzt Joseph-Ignace Guillotin perfektionierte das mechanische Fallbeil, das fortan seinen Namen in alle Welt tragen sollte. Der Doktor meinte es ganz ehrlich,
- wenn er die Guillotine als egalitären Akt der Humanität bezeichnete – hatte doch ab 1792 jeder Franzose das gleiche Recht auf den kurzen, schmerzlosen Tod durch Enthauptung, der vor dem Adelsprivileg gewesen war.

2001-7-9-Spiegel

- Die Telekom-Aktie stürzte gestern (Montag) an der Börse auf ein neues Jahrestief. Das Papier büßte zweitweise über 7 Prozent auf unter 22 Euro ein. Die Deutsche Bank hatte im Auftrag 44 Millionen Papiere verkauft.
- Erst am vergangenen Montag hatte die Bank ihre Anlageempfehlung Buy für die Telekom bestätigt und das Kursziel von 38 Euro auf 31 Euro gesenkt.

2001-8-9-AZ Mainz

- Der Bundesrechnungshof legte gestern in Berlin seinen neuesten Prüfbericht vor: Darin bescheinigte der den Beschäftigten des Bundes, im vergangenen Jahr wieder Milliarden vergeudet zu haben, exakt 3,3 Milliarden Mark.
- Diese Summe will Eichel kommendes Jahr durch die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer einnehmen [siehe auch Bundeswehr].

2001-10-17-AZ Mainz

- Es ist unverständlich, dass ein Universitätsstudium in Deutschland gratis zu haben ist,
- Eltern für den Kindergartenplatz dagegen bezahlen müssen.

2001-12-6-ZEIT

- Beschäftigung Behinderter im öffentlichen Dienst: Vorgeschrieben sind mindestens 6 Prozent.
- Der Anteil schwerbehinderter Mitarbeiter lag bei den Innungskrankenkassen im Jahr 2000 bei nur 2,1 Prozent, die Kassenärztliche Bundesvereinigung kommt auf 4,6 Prozent.

2002-2-1-DÄ

- Deutsche Gesellschaft für Kardiologie (DGK): Im Hinblick auf die Zahl von Linksherzkatheter-Untersuchungen pro 1 Million Einwohner lag Deutschland mit ca. 3 900 auf etwa gleicher Höhe wie Belgien mit ca. 3 600.
- Aktueller Herzbericht der Länder: Aktuell ist Deutschland mit 6 441 Katheter-Untersuchungen pro 1 Million Einwohner einsamer Spitzenreiter. Wir waren parteiisch, sagte DGK-Vorsitzender Martin Gottwick, aber darf man das nicht manchmal sein?

2002-2-17-Spiegel

- Rainer Brüderle: Die rot-grüne Ökosteuer sei eine Fehlleistung. Per Internet stellte die FDP die Frage: Sind Sie für die Abschaffung der Ökosteuer?
- Von 9 174 Stimmen votierten stattliche 83 Prozent gegen die von den Liberalen geforderte Abschaffung der Abgabe. Die Umfrage verschwand daraufhin sang- und klanglos von der FDP-Website.

2002-3-7-ZEIT

- Zwischen 1991 und 2002 verringerte sich die Kassenzahl bei der Gesetzlichen Krankenversicherung um gut 72 % (von 1 209 auf 324),
- die Verwaltung verteuerte sich trotzdem um 66 Prozent (von 4,7 Milliarden auf 7,8 Milliarden).

2003-8-4-DÄ

- Unser deutscher Welt-AG-Chef Jürgen E. Schrempp gehört zu den schlechtesten Managern der Welt. Das hat die renommierte Zeitschrift *Business Week* festgestellt.
- Sie stilisierte den Autoboss erst vor vier Jahren zum Vorbild einer neuen Generation globaler Manager.
- Das deutsche *Manager Magazin* ernannte ihn zum Manager des Jahres.

2004-1-15-ZEIT

- Es geht um 111 Millionen Mark, die damals, im Frühjahr 2000 an Vorstandschef Klaus Esser, sein Team und ehemalige Spitzenmanager von Mannesmann geflossen sind. Vier Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter Ackermann und der damalige IG-Metall-Chef Klaus Zwickel, beschlossen die anstößigen Prämien. Angela Merkel: Ein Schlag gegen den Wirtschaftsstandort Deutschland.
- Warum haben so viele Chefs vergessen, dass Verdienst von Dienen kommt und nicht von Selbstbedienung. Wieso versagen die Aufsichtsräte regelmäßig, obwohl sie doch nur eine einzige Aufgabe haben – die Manager zu kontrollieren?

2004-1-22-ZEIT

- Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, verdiente mit 11 Millionen Euro im Jahr 2003 deutlich mehr
- als der siebenköpfige Vorstand der Commerzbank (zusammen 7 Millionen Euro) oder der sechsköpfige der HypoVereinsbank (zusammen 8 Millionen Euro).
- Die Gehaltssteigerungen der vier Deutsche-Bank-Vorstände beliefen sich im abgelaufenen Jahr auf 10 Millionen Euro.
- Umgerechnet auf die knapp 22 000 Tarifangestellten macht das rund 450 Euro pro Kopf bzw. etwas mehr als 1 % des Durchschnittseinkommens eines Angestellten.

2004-4-1-ZEIT

- Mit 9 Feiertagen liegen Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am unteren Ende der Feiertagsskala.
- Bayern steht mit 13 Feiertagen an der Spitze.

2004-7-12-AZ Mainz

- Seit sechs Jahren wirbt das Land Baden-Württemberg mit einer Imagekampagne um Sympathie. Wir können alles. Außer Hochdeutsch. Zeitungsleser wundern sich:

- Der höchste Berg des Landes, der Feldberg im Schwarzwald, sei 1 100 Meter hoch,
- nicht 1 492 Meter, wie man bislang angenommen hatte.
- Albert Einstein: Je schneller sich etwas bewegt, desto langsamer vergeht dort die Zeit.
  Wenn sie diese Anzeige im Zug oder Flugzeug lesen, sind sie früher damit fertig.
- Je höher sie sich befinden, desto schneller vergeht die Zeit.

2005-7-7-ZEIT

- Im Wahlprogramm der CDU steht unter anderem die Abschaffung der Eigenheimzulage, was von Finanzminister Eichel seit langem gefordert wird.
- Am 05.09.2005 lehnte die CDU im Vermittlungsausschuss den Antrag der SPD ab, diese Subvention zu streichen.

2005-9-10-AZ Mainz

- Sechzig Jahre nach Kriegsende existiert in Deutschland eine Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Diese Behörde des Landes Berlin wird vom Bundesinnenministerium Jahr für Jahr mit 19 Millionen Euro finanziert. Die rund 400 Beschäftigten befassen sich zum Beispiel mit Kriegsgräberangelegenheiten oder Sterbefallanzeigen.
- Der Präsident des Rechnungshofs wundert sich: Die Aufgaben der Dienststelle sind nirgendwo im Einzelnen festgelegt.

2005-12-15-ZEIT

- Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident, zur Deutschen Bank: Wenn man Milliardengewinne macht und gleichzeitig verkündet, man stellt 6 000 Leute frei,
- dann ist das eine Geschmacklosigkeit.

2005-12-21-ZEIT

- Bundesgerichtshof Kirch gegen Deutsche Bank: Der Senatsvorsitzende Nobbe riet den Parteien – was beim BGH höchst ungewöhnlich ist – vor einem weiteren Prozess dringend zu Vergleichsverhandlungen. Einerseits müsse Kirch die genaue Höhe des Schadens beziffern und dessen Verursachung gerade durch das Breuer Interview nachweisen,
- andererseits müsse die Deutsche Bank an ihr Image und ihren Werbeslogan Leistung aus Leidenschaft denken.

2006-1-25-SZ

- Der Kaiserslauterner Oberbürgermeister Bernhard Deubig (CDU) ist vom Vorwurf der Fahrerflucht freigesprochen worden.
- Ich habe von dem Unfall nichts bemerkt. Bei der Kollision war an dem anderen Auto Sachschaden in Höhe von 1 500 Euro entstanden.

2006-2-1-AZ Mainz

- Der Bundesrechnungshof hat den Umgang des Innenministeriums mit Haushaltsmitteln für die innere Sicherheit gerügt. Nach den fehlgeschlagenen Kofferbombenanschlägen vom Sommer 2006 hatte der Bundestag für 2007 zusätzlich 16,7 Millionen Euro bewilligt, mit denen unter anderem die Videoüberwachung von Bahnhöfen und Flughäfen durch die Bundespolizei intensiviert werden sollte.
- Von den bewilligten 16,7 Millionen Euro seien bis Ende August nur 0,57 Millionen Euro, also 3,4 % ausgegeben worden.

2007-9-8/9-SZ

- Mit scharfen Tönen und Rückenwind der Union macht Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) die Bestrafung ausländischer Jungkrimineller zum Thema seines Landeswahlkampfs.
- Der von der Hessen SPD im Falle eines Wahlsieges als Innenminister vorgesehene Jürgen Walter warf Koch vor, statt Hessen sicherer zu machen, habe er mehr als
  1 000 Stellen bei der Polizei und 130 bei Richtern und Staatsanwälten abgebaut und das Geld für die Prävention zusammengestrichen.

2007-12-31-AZ Mainz

- Der Verkehrsminister von NRW Oliver Wittke in einer Broschüre zur Verkehrssicherheit in NRW: Fahren Sie vorsichtiger und rücksichtsvoller.
- Mit 109 km/h ist er am Steuer eines Leihwagens im sauerländischen Meschede geblitzt worden. 59 km/h zu schnell bedeutet 2 Monate Führerscheinentzug, 175 Euro Bußgeld und 4 Punkte in der Flensburger Sünderkartei.

2009-2-6-SZ

- Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22. Januar 2009 im Interview mit der *Zeit*: Ihre Behauptung, dass der CDU-Bundesvorstand aktuell fast zur Hälfe mit Frauen besetzt sei, stimmt nicht.
- Von den 64 Mitgliedern sind 17 Frauen, das entspricht gerade mal einem Viertel.

2009-2-9-Spiegel

- Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt steht ein gepanzerter Dienstwagen zu, der ihr im Spanienurlaub geklaut wurde. Private Fahrten würden selbstverständlich gesondert abgerechnet.
- Der SPD-Politikerin sollte eines klar sein: Nicht alles was rechtens ist, ist deshalb auch richtig.

2009-8-3-DÄ

- Am Freitag hatte er sich im Amtsgericht Tiergarten im Rollstuhl präsentiert. Pressefotos vom Wochenende zeigen den 81-Jährigen früheren Berliner Polizisten und Stasi-Agenten Karl-Heinz Kurras nach seiner Verurteilung wegen illegalen Waffenbesitzes, wie er zu einer Kneipe radelte.
- Sein Verteidiger sagte, Sprechen, Hören, Sehen und Erinnern falle ihm schwer. Auf die Anklagebank (Tötung Benno Ohnesorgs durch Kurras am 2. Juni 1967) käme er aber nur, wenn er verhandlungsfähig ist.

2009-11-16-SZ

- Schon die Berufung Niebels zum Entwicklungshilfeminister hatte Erstaunen ausgelöst.
- Der FDP-Politiker hatte sich vor der Bundestagswahl für eine Auflösung des Ministeriums stark gemacht.

2010-2-19-SZ

- Das Auswärtige Amt beantwortet eine Anfrage der Linken – zur Hartz-IV-Debatte, nachdem Außenminister Westerwelle mit folgender Rechnung an die Öffentlichkeit getreten ist: Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge.
- Die Antwort kam von der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, die eigentlich für auswärtige Kulturpolitik zuständig ist. Sie rechnet vor, dass die verheiratete Kellnerin mit Familie tatsächlich 109 Euro weniger zur Verfügung hat als der erwerbslose Haushalt.
- Im nächsten Satz räumt Pieper allerdings ein: Bei dieser Betrachtung bleiben weitere Transfers, Vergünstigungen und Zuverdienste nicht berücksichtigt. Das Arbeitsministerium wolle nicht für den Unsinn in Haftung genommen werden, den der Außenminister verzapft.

2010-3-15-SZ

- Der Ministerpräsident und der Justizminister von Baden-Württemberg saßen nebeneinander im Stuttgarter Landtag und verkündeten, dass man etwas gegen den Waffenbesitz in der Bevölkerung tun wolle. Unser Ziel ist es, dass mög-

lichst wenig Waffen in privater Hand bleiben, sagte Justizminister Ulrich Goll (FDP).

- Goll erzählte, dass er selbst zwei Pistolen besitze und geriet dabei ins Schwärmen: Eine Heckler & Koch 9-Millimeter und eine Smith & Wesson Kaliber 22. Spaß am sportlich-technischen Aspekt habe ihn dazu gebracht, sich Waffen anzuschaffen, erzählte er lächelnd im Landtag.

2010-4-29-SZ

- Die Mitarbeiter der Krisenbank Hypo Real Estate haben für das vergangene Jahr Sonderzahlungen in Höhe von 25 Millionen Euro erhalten. Die Zahlungen waren dem Rettungsfond Soffin sowie dem Finanzministerium bekannt.
- Vor kurzem hatte die HRE neuerliche Staatsgarantien in Höhe von 40 Milliarden Euro erhalten.

2010-9-20-SZ

- Es ging ungewöhnlich schnell an jedem 22. Juni 2007. Kaum hatte Heinz Georg Bamberger (SPD), Justizminister von Rheinland-Pfalz, ein Fax erhalten, ließ er auch schon einen Mann in sein Büro kommen und überreichte ihm die Ernennungsurkunde. Der Besucher, ein SPD-naher Sozialrichter, war fortan Präsident des Oberlandesgerichts und besetzte einen der wichtigsten Richterposten im Land.
- Kurz danach erklärte das Bundesverwaltungsgericht die Postenvergabe für nichtig. Ein unterlegender Bewerber hatte geklagt, der Rechtsschutz sei ihm verwehrt worden, und das Gericht gab ihm Recht. Bamberger muss den Posten nun erneut besetzen, ein einmaliger wie peinlicher Vorgang.

2010-11-17-SZ

- Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei einer Parteiveranstaltung in der Stadt Meschede: Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen, das ist wichtig.
- Deutschland: Renteneintritt wird schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht. Das tatsächliche Renteneintrittsalter lag 2009 bei 62 Jahren.
- Griechenland: Renteneintritt kürzlich auf 65 Jahre erhöht. Das tatsächliche Renteneintrittsalter soll von 61,3 (2009) auf künftig 63,5 Jahre steigen.
- Spanien: Wird wie in Deutschland auf 67 Jahre erhöht (von 2013 an).
- Portugal: Renteneintritt 65 Jahre. Soll bald auf 67 Jahre angehoben werden.

2011-5-19-SZ

- Für die mehr als 30 000 Bundespolizisten soll es keine Namens- oder Nummernschilder geben.
- In Berlin tragen seit kurzem die ersten von 13 000 Polizisten ein Schild mit Namen oder Nummer an der Uniform.

2011-8-12-SZ

- Im Einvernehmen mit OB Wolfgang Schuster (CDU) erinnerte der grüne Personalbürgermeister Klaus-Peter Murawski die 17 000 Verwaltungsmitarbeiter, dass im öffentlichen Dienst der Grundsatz der Unparteilichkeit gelte. Das Tragen von Buttons und Aufklebern pro und contra Stuttgart 21 sei deshalb nicht erlaubt.
- Der Personalrat der Stadt wollte das nicht akzeptieren – und bekam vom Stuttgarter Verwaltungsgericht Recht.

2011-11-9-SZ

- Anfang November haben die Kalifornier über die Todesstrafe abgestimmt … und diese belassen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung reagierte angemessen betrübt: Kalifornien hat die Chance verpasst, ein Zeichen für mehr Menschlichkeit zu setzen, sagte Markus Löning von der FDP. Von Hessen sprach er nicht. In Hessen sitzt die FDP in der Regierung, aber mit der Menschlichkeit in der hessischen Verfassung ist es so eine Sache.
- Wie heißt es da in Artikel 21? Wer einer strafbaren Handlung für schuldig befunden wurde, kann bei besonders schweren Verbrechen zum Tode verurteilt werden. So steht es dort seit 66 Jahren [in Bayern 1998 gestrichen].

2012-11-27-SZ

- Die zehn Gebote Gottes enthalten 279 Wörter, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300,
- die EU-Verordnung über den Import von Karamellbonbons exakt 25 911.

2012-12-14-SZ

- Deutschland versorgt Frankreich mit Strom – trotz Atomausstieg: Frankreich ist im vorigen Jahr zum Großkunden deutschen Stroms geworden – und das auch wegen der deutschen Energiewende.
- Diese Situation ist möglich geworden, trotz des Stopps von sieben Atomkraftwerken im März 2011.

2013-1-26/27-SZ

- In Dresden gehen zwei junge Frauen gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Die eine wird danach vom Bundespräsidenten geehrt,

- die andere rechtskräftig verurteilt.

2013-2-13-SZ

- 24 von 100 Nichtakademiker-Kindern schaffen den Sprung auf die Universität,
- bei den Akademiker-Kindern sind es 71 von 100.

2013-9-21/22-SZ

- Bereits am 19. Juli 2010 hat die EU eine Verordnung erlassen, die für gläserne Unternehmen sorgen soll, zumindest bei allen Großen in Deutschland.
- Huber, Mitglied des Siemens Aufsichtsrats: Belegschaftsvertreter seien nicht verpflichtet, ihr Einkommen im Geschäftsbericht von Siemens zu veröffentlichen.

2013-9-21/22-SZ

- Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag betrug für kinderlose Frauen im vergangenen Jahr 651,45 Euro,
- bei Müttern von vier Kindern waren es dagegen 456,31 Euro.

2013-10-12-AZ Mainz

- SPD-Grande Kurt Beck arbeitet für Boehringer Ingelheim. Bei der Nürburgringpleite und dem defizitären Flughafen Hahn habe sich Beck nicht als Wirtschaftsfachmann hervorgetan. Für einen Ex-Minister forderte die SPD eine Karenzzeit von 18 Monaten, Kurt Beck ließ sich für seinen Wechsel gerade einmal sechs Monate Zeit.
- Anfang Januar 2013 trat er aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zurück.

2013-10-12/13-SZ

- Martin Winterkorn, 66, Chef von Volkswagen und leidenschaftlicher Entwickler schneller Autos wird hin und wieder ausgebremst.
- Etwa wenn er von seinem Haus im Landkreis Gifhorn zur Konzernzentrale in Wolfsburg pendelt und mal wieder im Stau steckt.

2013-12-4-SZ

- Mehr als 120 Staats- und Regierungschefs tragen beim Weltklimarat vor. Auch Kanzlerin Angela Merkel war eingeladen, Ban Ki Moon hat mehrmals bei ihr nachgehakt.
- Merkel sprach stattdessen beim jährlich stattfindenden Tag der deutschen Industrie – und erwähnt das Treffen in New York mit keiner Silbe.

2014-9-24-SZ

- Deutschlands Haushalte zahlen nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes heute nahezu doppelt so viel für Strom als noch Anfang 2000.
- Zwar sei der Großhandelspreis für Strom in der gleichen Zeit gefallen, stellte die Behörde fest. Verbraucher hätten davon aber nicht profitieren können.

2014-10-10-SZ

- Keine Baustelle in Deutschland ist besser bewacht als die künftige BND-Zentrale in Berlin. Durch Schleusen können nur angemeldete Besucher in das Gebäude.
- Von etwa 200 gestohlenen Wasserhähnen ist die Rede. Die Täter hätten keine Einbruchsspuren hinterlassen.

2015-3-6-SZ

- NN wurde in der Nacht … von der Polizei aus seiner Wohnung geholt. Gegen ihn lag ein Haftbefehl vor, weil er eine Geldstrafe von 550 Euro nicht bezahlt hatte. Als er nicht freiwillig nach Stadelheim [Justizvollzugsanstalt München] kam, brachte ihn die Polizei dorthin. Noch am Tag der Inhaftierung überweist ein Freund den Betrag an die Justizkasse. Tags darauf macht er die Staatsanwaltschaft I per Fax darauf aufmerksam. Nach 4 Tagen das zweite Fax. Einen Tag danach erneut an die Generalstaatsanwaltschaft „Eilt sehr. Haftsache".
- Eine weitere Woche vergeht, ehe NN freigelassen wird. Der Freund hat in seinem letzten Fax Strafanzeige gestellt. Gut einen Monat später wird das Verfahren „gegen Unbekannt" eingestellt.

2015-3-19-SZ

- 30 Prozent aller Verfahren gegen Bürger werden eingestellt
- – bei Polizisten sind es 90 Prozent.

2015-5-30/31-SZ

- Einser-Abitur in Thüringen 7,8 %
- in Niedersachsen 26,1 % (Kultusministerkonferenz).

2015-6-11-SZ

- Die Autobahn benutzt der Fernbus bislang gebührenfrei,
- der ICE dagegen zahlt an die Netztochter der Deutschen Bahn Trassenentgelte – 832 Millionen im letzten Jahr.

2015-8-11-SZ

- Ilse Aigner (CSU) hatte sich einem CSU-Pateitags-Beschluss angeschlossen, der ein sogenanntes Burka-Verbot fordert. Schon 2012 berichtete die BBE-

Handelsberatung, dass etwa zwei Drittel der weiblichen Gäste am Flughafen sofort in westliche Kleidung schlüpfen und allzu Verhüllendes ablegen.
- 397 Euro am Tag geben Touristen aus Saudi-Arabien, Dubai und anderen Staaten in München aus. Bernd Ohlmann, Geschäftsführer des Handelsverbandes Bayern: Eher nicht passend sei die Idee, eher ein Schuss ins Bein, imagemäßig.

2015-12-7-SZ

- Das Verfassungsgericht in Karlsruhe lehnt einen Entschädigungsanspruch eines Mannes ab, der dem höchsten Gericht vorwarf, dass die Entscheidung über seine Verfassungsbeschwerde mit vier Jahren und acht Monaten viel zu lange gedauert habe.
- Die Begründung umfasst dann nur 132 Wörter. Dafür habe sich das Gericht viel zu viel Zeit gelassen, betonte der Beschwerdeführer und verlangte eine Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer.
- 2011 hatte der Gesetzgeber bei unangemessen langen Gerichtsverfahren einen Entschädigungsanspruch festgeschrieben. Danach können für jeden Monat Verspätung 100 Euro Entschädigung gefordert werden. Was jedoch unangemessen ist, hängt vom Einzelfall ab.

2015-12-23-SZ

- Er soll einer der Drahtzieher der Brüsseler Anschläge gewesen sein. Der europaweit gesuchte mutmaßliche Terrorist Nahim Laachraoui konnte sich vorher unbeschwert auf dem halben Kontinent bewegen – obwohl er einigen Sicherheitsbehörden als möglicher Gefährder offenbar bekannt war.
- Eigentlich sollen alle EU-Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Informationen über terroristische Aktivitäten an die europäische Polizeibehörde Europol in Den Haag weitergeben – doch das ist mehr Theorie als gängige Praxis. Denn bislang liefern nur fünf Staaten in vollem Umfang Informationen an Europol. Deutschland gehört nicht dazu.

2016-3-24-AZ Mainz

- Was die Milchbauern wirklich brauchen, sind echte Reformen, die helfen, eine Überproduktion auf Dauer zu unterbinden. Dazu gehört es auch, unsinnige Preisstaffelungen abzuschaffen.
- So ist es in der Branche üblich, dass Produzenten, die viel Milch liefern, einen höheren Literpreis von ihren Molkereien bekommen als jene, die weniger liefern – ein falscher Anreiz, der dazu führt, das noch mehr produziert wird.

2016-5-31-SZ

- Sollte sich das Bundesfinanzministerium mit seinem jetzt bekannt gewordenen Gesetzentwurf durchsetzen, dann wären solche Geschäftsmodelle [Photovoltaikanlagen auf den Dächern] größtenteils zerstört.
- Wer mehr als 20 Megawattstunden selbst verbraucht, so sieht es der Gesetzentwurf vor, soll künftig auch für diese Elektrizität die Stromsteuer von 2,05 Cent pro Kilowattstunde entrichten. Zwar sollen Besitzer von Einfamilienhäusern verschont bleiben. Wohneinheiten mit mehr als sechs Durchschnittshaushalten aber wären schon betroffen.

2016-5-25/26-SZ

- Der Pädagoge Ralf Bender, Sozialdemokrat und Antifaschist, hatte in der Osterzeit 2013 rechtsradikale Aufkleber in der Stadt [Limburg] entdeckt, die Verwaltung mehrmals und erfolglos gebeten, sie zu entfernen – und schließlich in einer, wie er sagt, Art Notwehraktion die Sudeleien an Masten und Verkehrsschildern eigenhändig übersprayt.
- Daraufhin verlangte die Stadt von Bender knapp 1000 Euro für Reinigungsarbeiten.
- Der Lehrer weigerte sich, zog vor Gericht, unterlag. Es drohte eine Zwangsvollstreckung.
- Nun ist die Auseinandersetzung vorbei – Spender, darunter Freunde und Bekannte von Bender aus der Antifa-Bewegung, brachten insgesamt 1400 Euro auf.
- Der Sprecher der Stadt Limburg, Johannes Laubach, sagt: Damit ist für uns die Sache erledigt.
- Die Verwaltung hatte seinerzeit moniert, dass Bender die Aufkleber zu großflächig übertüncht habe. Hätte er aber lediglich die Nazi-Parolen überklebt, hätte ihm keine Buße gedroht.

2016-8-10-SZ

- Im Internet kann man den Ärger über das Urteil seit ein paar Tagen beobachten, bis Montagnachmittag hatten da 20 000 Menschen unterschrieben. In einer Online-Petition forderten die Unterzeichner die Hamburger Staatsanwaltschaft auf, in dem kürzlich beendeten Vergewaltigungsprozess in Revision zu gehen.
- Drei Jugendliche und ein Erwachsener hatten bei einer Geburtstagsparty im Februar in Harburg südlich der Hansestadt ein betrunkenes, willenloses Mädchen missbraucht und trotz Eiseskälte im Hinterhof zurück gelassen. Eine 15-Jährige filmte das Verbrechen mit dem Handy.
- Die vier minderjährigen Angeklagten wurden am Donnerstag auf Bewährung verurteilt, ein 21-jähriger Täter muss für vier Jahre ins Gefängnis.

- Jetzt will die Hamburger Staatsanwaltschaft den Ausgang des Prozesses tatsächlich anfechten – unabhängig von der Wut im Netz. Nur die vierjährige Haftstrafe für Bosko P., und die einjährige Jugend-Bewährungsstrafe für die 15-jährige Handy-Filmerin entsprachen ihren Anträgen.
- Angehörige der Angeklagten feierten ihre Verwandten, manche von ihnen grüßten wie Halbstarke zurück. Das mehrheitlich milde Urteil in erster Instanz wurde dann ebenfalls triumphierend begleitet, als handle es sich um einen Freispruch.

2016-10-25-SZ

- Eine 40-jährige Ärztin, die ihren deutlich älteren Ehemann mit einer Überdosis Morphium getötet hat, darf jetzt grundsätzlich doch wieder in ihrem Beruf arbeiten.
- Das Landgericht Aachen hob am Dienstag im dritten Prozess ein lebenslanges Berufsverbot wegen Todschlags auf. Es sei nicht anzunehmen, dass sich eine solche Tat wiederholen werde, stellte das Gericht im dritten Prozess zu diesem Fall fest.

2016-10-26-AZ Mainz

- Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eingeräumt, dass der Bundesnachrichtendienst gegen ihre Vorgabe verstoßen habe, nicht gegen verbündete Staaten zu spionieren.
- Merkel hatte nach Bekanntwerden der NSA-Spionage durch die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden im Sommer 2013 gesagt: Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.
- Soll man schmunzeln über eine naiv-drollige Bemerkung der Kanzlerin?

2017-2-17-SZ

- Es ist vermutlich nur eine mittlere Charakterschwäche, aber es erheitert mich seit 13 Jahren noch immer, dass es einem Mann wie Edmund Stoiber, der selbst 10 Gymnasialjahre bis zum Abitur gebraucht hat,
- gelungen ist, in Bayern ein achtjähriges Gymnasium durchzudrücken.

2017-3-13-SZ-LB

- Tödliche Altlast: Länder, die weder die Konvention gegen Streubomben von 2008 noch das Ottawa-Abkommen zum Verbot von Anti-Personen-Minen von 1997 unterzeichnet haben:
- China, Israel, Russland, USA …

2017-4-8/9-SZ

- Zahlreiche deutsche und britische Wissenschaftler haben ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu Impfschäden scharf kritisiert.
- Das oberste Gericht der Europäischen Union hatte in dem Fall vor wenigen Tagen festgestellt, dass einer Klage wegen eines Impfschadens auch dann stattgegeben werden kann, wenn zwar wissenschaftlich kein Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung besteht – dafür aber bestimmte vom Kläger geltend gemachte Tatsachen ernsthafte, klare und übereinstimmende Indizien darstellen, die den Schluss auf einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesem Fehler und der Krankheit zulassen.
- Zu gut Deutsch: Wenn ein Kläger überzeugend argumentiert, dass in seinem Einzelfall der Impfstoff schuld an der Erkrankung sein könnte, wird der wissenschaftliche Beweis obsolet.

2017-6-28-SZ

- Rechtlich ist alles klar: Staaten, die keine Atomwaffen haben, dürfen auch keine erwerben. Und die Nuklearmächte sind verpflichtet, in redlicher Absicht einen Vertrag auszuhandeln, der ihre vollständige nukleare Abrüstung festschreibt. So steht es im Atomwaffensperrvertag, dem fast alle Länder beigetreten sind. Allerdings wurde der Vertrag bereits vor einem halben Jahrhundert geschlossen.
- Daher ist es verständlich, dass nun 122 Staaten die Geduld verloren haben. Sie haben am Freitag einen Vertrag geschlossen, der alle Atomwaffen ächtet. Dabei machen jedoch die neun Nuklearstaaten sowie Länder wie Deutschland nicht mit. Welchen Sinn hat dann die Aktion?
- Nun auch beim Verbot von Chemiewaffen oder Landminen ging zunächst eine Pioniergruppe gegen den Willen der Besitzer voraus.

2017-7-8/9-SZ

- Viel Geld ist es, das Volkswagen da investieren will. Angeblich 25 bis 30 Millionen Euro jährlich kostet die neue Rolle als Großsponsor und Mobilitätspartner des Deutschen Fußballbundes (DFB). Es ist schon klar: Der Autokonzern aus Wolfsburg will vom positiven Image des deutschen Fußballs profitieren, er will sich etwas kaufen vom guten Ansehen des amtierenden Fußballweltmeisters.
- Auch wenn die Vorgänge nicht vergleichbar sind, eint den DFB und VW die Notwendigkeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die richtigen Maßnahmen für die Zukunft abzuleiten, sagte Grindel [DFB-Präsident].
- Mancher Besitzer eines betroffenen Dieselfahrzeugs hofft auf Entschädigung, er muss gar fürchten, dass er vielleicht bald nicht mehr in die Innenstädte fahren darf.

- Dass nun Millionen in den Fußball fließen (der Konzern unterstützt auch viele Vereine wie den VFL Wolfsburg) und gleichzeitig bei den Kunden gespart wird, ist unverständlich.

2017-7-15/16-SZ

- Steinmeier hatte dem ZDF gesagt, die letzten Reste an Kritik und Opposition in der Türkei würden jetzt verfolgt, werden ist Gefängnis gesteckt, werden mundtot gemacht. Das können wir nicht hinnehmen.
- Zugleich bemühte sich Altmaier erkennbar darum, die strategische Bedeutung der Türkei hervorzuheben. In der Region ist die Türkei eines der demokratischsten Länder, sagte er. Und damit meine ich gar nicht Herrn Erdogan, sondern das Land und die türkische Gesellschaft insgesamt.

2017-7-24-SZ

- Kann ein Verein gemeinnützig sein, wenn er ein Geschlecht einfach ausschließt?
- Eigentlich nicht, sagt der Bundesfinanzhof.
- Denn in ihrem Urteil bezweifeln die Richter ganz grundsätzlich, dass ein Verein die Allgemeinheit fördern kann, wenn er einen großen Teil dieser Allgemeinheit gleich vorab ausschließt.
- Das könnte der Fall sein, wenn beispielsweise der Trägerverein eines Frauenhauses, in dem Opfer häuslicher Gewalt durch Männer betreut werden, seinerseits nur Frauen aufnimmt.

2017-8-3-SZ

- Christel Augenstein (FDP) war bis 2009 Oberbürgermeisterin von Pforzheim. Ihr wird Untreue vorgeworfen. Sie soll riskante Finanzwetten vereinbart und damit gegen das Spekulationsverbot für Kommunen verstoßen haben.
- Von Dienstag an müssen sich die damalige Oberbürgermeisterin und einige ihrer Mitarbeiter deshalb vor Gericht verantworten.
- Zu den Verteidigern gehört der Vize-FDP-Chef Wolfgang Kubicki.

2017-8-8-SZ

- Der Deutsche Bundestag hat fast 3,5 Millionen Euro an Sozialversicherungsbeiträgen an die Deutsche Rentenversicherung nachzahlen müssen.
- Die Beiträge wurden fällig, weil die Verwaltung des Parlaments Mitarbeiter entgegen den Vorschriften als freie Honorarkräfte einsetzte und nicht angestellt hat.
- Die Rechtslage spricht gegen ihn [Bundestag], einlenken will er aber nicht.

2017-8-11-SZ

- Eine umfangreiche Erhebung zum Sexualverhalten [der Deutschen] zeigt Vorlieben und Gewohnheiten …
- Männer geben fast doppelt so viele Sexualpartner an wie Frauen. Kann das sein?

2017-8-18-SZ

- Schulz hatte am Dienstag bei einem Wahlkampfauftritt in Trier gesagt: Ich werde mich als Bundeskanzler dafür einsetzen, dass in Deutschland gelagerte Atomwaffen aus unserem Lande abgezogen werden. Es wird angenommen, dass sich bis zu 20 Atombomben der USA auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel befinden.
- Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt warf allerdings zugleich der SPD vor, sie habe bislang jegliches Engagement in dieser Hinsicht vermissen lassen. Sie erinnerte auch daran, dass es schon 2010 einen auch von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen unterstützten Bundestagsbeschluss gegeben habe, in dem sich das Parlament mit breiter Mehrheit für einen Abzug der US-Atomaffen eingesetzt hatte.

2017-8-24-SZ

- Unionsfraktionschef Volker Kauder fordert mehr Einsatz von Unternehmen für die Frauenquote.
- Dass einige große Unternehmen als Frauenquote Null angeben, sei eine Unverschämtheit, sagte der CDU-Politiker dem Magazin *Focus*.
- Zuletzt hatte Familienministerin Katarina Barley (SPD) mit einer Frauenquote für Unternehmensvorstände gedroht.

2017-9-2/3-SZ

- Sogar der Parlamentspräsident [Lammert, CDU] hält die Befragung der Regierung im Bundestag für fade.
- Dass die Bundeskanzlerin sich in der ganzen Legislaturperiode kein einziges Mal bemüßigt gefühlt hat, sich der Befragung zu stellen, hat die Attraktivität auch nicht erhöht.
- SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hat deshalb schon vor drei Jahren verlangt, sich die Prime Minister´s Questions [angelsächsische Länder] zum Vorbild zu nehmen und eine Kanzlerin-Befragung einzuführen.
- Doch die Unionsfraktion lehnte dies ab.
- Die parlamentarische Geschäftsführerin [Grüne], Britta Haßelmann, hält es für ein Unding, dass sich die Kanzlerin zwar den Fragen der Journalisten in der Bundespressekonferenz stellt, nicht aber den Fragen der gewählten Abgeordneten im Parlament.

2017-9-7-SZ

- 404 000 Arbeitnehmer, fast eine halbe Million, pendelten laut Bundesagentur im Jahr 2016 von Ost nach West und wieder zurück, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In umgekehrter Richtung, also von West nach Ost, mussten das nur 158 000 Menschen tun.
- Nach dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit lag das verfügbare Jahreseinkommen je Einwohner 2015 im Westen bei 22 312 Euro, im Osten dagegen bei 18 465 Euro.
- Nach Zahlen des Bundefinanzministeriums wurden 2014 in Bayern pro Kopf und Jahr 107 Euro an Erbschaftssteuer gezahlt, in Hamburg waren es 167 Euro. In Sachsen beliefen sich die Erbschaftssteuern pro Kopf und Jahr dagegen nur auf knapp acht Euro, in Thüringen sogar nur auf 5,50 Euro.

2017-10-2/3-SZ

- Tabelle: In der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten:
- 1500 Euro und mehr in Westdeutschland 22,1 % der Männer und 1,9 % der Frauen, in Ostdeutschland 15,2 % der Männer und 3,0 % der Frauen;
- 900 bis unter 1200 Euro erhalten in Westdeutschland 18,4 % der Männer und 14,8 % der Frauen, in Ostdeutschland 34,9 % der Männer und 31,5 % der Frauen;
- 600 bis unter 900 Euro erhalten in Westdeutschland 13,5 % der Männer und 26,3 % der Frauen, in Ostdeutschland 20,8 % der Männer und 43,0 % der Frauen;
- unter 300 Euro erhalten in Westdeutschland 13,2 % der Männer und 23,8 % der Frauen, in Ostdeutschland 1,5 % der Männer und 2,3 % der Frauen.

2017-10-5-AZ Mainz

- Die internationale Kampagne für ein Atomwaffenverbot (Ican) möchte alle der fast 15 000 Nuklearwaffen abschaffen. Ihr Ziel ist eine Welt ohne Bombe.
- In der Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmten im Juli eine klare Mehrheit von 122 Staaten für einen universellen Atomwaffenverbotsvertrag, auf den Ican lange hingearbeitet hat.
- Die Atomwaffenstaaten, allen voran die USA und dann Russland, investieren gerade gigantische Summen, um ihre nuklearen Arsenale zu modernisieren.
- Das prangert der Friedensnobelpreisträger 2017 an. Er müsste auch der deutschen Bundesregierung zu denken geben, die sich gemeinsam mit den Nuklearstaaten gegen den neuen Atomwaffenverbotsvertrag stellt, den Ican vorantreibt.

2017-10-7/8-SZ

- Die Richter in Kassel [Bundessozialgericht] verhandeln von diesem Dienstag an zwei Fälle, in denen Patientinnen gegen ihre Krankenkasse vorgegangen sind. Beide Frauen hatten massiv an Gewicht verloren und beantragten bei ihrer Kasse daraufhin eine chirurgische Straffung der Bauchhaut. Die Frist von fünf Wochen [Gesetz: drei oder ausnahmsweise fünf] verstrich jeweils, ohne dass die Kasse den Antrag beschied. Erst danach schickten sie den Frauen eine Absage – und diese klagten, die eine in Nordrhein-Westfalen, die andere im Saarland.
- Die Landessozialgerichte beurteilten die Sache überraschenderweise unterschiedlich. Die Richter in Saarbrücken waren der Meinung, dass die Kasse die Kosten für die Operation übernehmen muss, da sie zweifellos die gesetzlich vorgeschriebene Frist nicht eingehalten hatte.
- Ganz anders argumentierten die Richter in Essen. Sie stellten … fest, dass es nicht zwingend nötig ist, dass die Kassen die vorgegebenen Fristen auf den Tag genau wahren müssen – es sei nämlich zweifelhaft, so die Richter, dass dieses penible Vorgehen den Umständen einer Massenverwaltung von Patienten durch die Kassen angemessen sei.
- Das Bundessozialgericht muss nun entscheiden, wie das Gesetz, das Anfang 2013 in Kraft getreten ist, nun in der Praxis ausgelegt wird.

2017-11-7-SZ

- Bei der Klimakonferenz in Bonn will sich auch Nordrhein-Westfalen als fortschrittliche Region präsentieren.
- Gar nicht leicht in einem Land, in dem die größten Dreckschleudern [Braunkohle-Kraftwerke] Europas stehen – und gleich daneben Windparks.

2017-11-16-SZ

- Sie wolle, hat Angela Merkel beim Bonner Klimagipfel gesagt, ganz offen sprechen: Konsequenter Klimaschutz sei auch in einem reichen Land wie Deutschland nicht einfach.
- Als ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel zwischen die Fronten geriet, weil er schmutzige Kohlekraftwerke aus dem Markt drängen wollte, ließ sie ihn allein.

2017-11-16-SZ

- Siemens streicht Tausende Stellen – trotz Milliardengewinnen – hat zuletzt einen Gewinn eingefahren von gut sechs Milliarden Euro.
- Das Münchner Unternehmen schließt Werke in Görlitz und Leipzig.

2017-11-17-SZ

- Großbritannien, Kanada und mehrere andere Staaten haben sich auf der Weltklimakonferenz in Bonn zu einer internationalen Allianz für den Kohleausstieg zusammengeschlossen.
- Deutschland ist nicht Teil des Bündnisses.

2017-11-17-AZ Mainz

- Im Juli hatten 122 Staaten in der UN den Vertrag [Atomwaffenverbot] beschlossen.
- Deutschland und die meisten anderen Nato-Staaten hatten sich nicht an der Abstimmung beteiligt.
- Im rheinland-pfälzischen Büchel sollen bis zu 20 US-Atombomben stationiert sein.

2017-11-20-SZ

- Der CSU-Politiker stimmte im Alleingang für den Unkrautvernichter [Glyphosat], kommt aber mit einer Rüge der Kanzlerin davon. Interne Unterlagen belegen: Das Agrarministerium bereitete den Schritt seit Langem vor.
- Merkel sagte, sie habe mit Schmidt gesprochen. Sein Verhalten sei etwas, was sich nicht wiederholen darf, ansonsten sei ein gedeihliches Arbeiten in der [geschäftsführenden] Bundesregierung nicht möglich. Fragen, warum sie Schmidt wegen des Vorfalls nicht entlasse, wich Merkel aus.

2017-11-29-SZ

- Bei einer Pegida-Demonstration in Dresden am 12. Oktober 2015 brachte ein Teilnehmer den lebensgroßen Galgen auf den Theaterplatz mit, beschriftet mit: Reserviert für Angela “Mutti“ Merkel.
- Jetzt findet die Geschichte eine Fortsetzung. Ein Mann aus der Gemeinde Niederdorf [Erzgebirge] hatte Miniatur-Galgen gebaut, sie beschriftet wie das Pegida-Original, und er hatte sie in den Räumen eines Vereins, der sich heimattreu nennt, zum Verkauf ausgestellt. Das Stück zu 15 Euro.
- Daran sei nichts auszusetzen, schreibt jetzt die Staatsanwaltschaft Chemnitz, der Verkauf dürfe weitergehen.

2017-12-6-SZ

- Fast jeder fünfte deutsche Viertklässler, und damit deutlich mehr als vor zehn Jahren, kann nicht richtig lesen. Das geht aus der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung hervor, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde.
- Im internationalen Vergleich fällt Deutschland zurück.

2017-12-6-SZ

- Auf dem Gelände des Bundeswehr-Flugplatzes [Büchel] sollen US-amerikanische Atombomben vom Typ B61 lagern.
- Die Bücheler nennen die tödlichsten Waffen in ganz Deutschland nur spöttisch die 20 Eier.

2017-12-6-AZ Mainz

- Beatrice Fihn … nahm am Sonntag in Oslo den Friedensnobelpreis entgegen, sie ist Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen Ican, die es seit zehn Jahren gibt und die maßgeblich an dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mitgewirkt hat, der im Juli die Unterstützung von 122 Staaten fand.
- Die Atommächte und ihre Partner – darunter fast alle Nato-Staaten, auch Deutschland – lehnen den Verbotsantrag ab.
- Die USA, Großbritannien und Frankreich schickten deshalb auch nicht ihre Botschafter zur Zeremonie nach Oslo …

2017-12-11-SZ

- Frauen müssen nicht nur beim Friseur mehr bezahlen als Männer.
- Etwa wenn man als Mädchen auf ein Bobbycar steigt, das bei ToysRUs in der Variante Girlie in rosa gute vier Euro mehr kostet als das gleichwertige Modell in knallrot, das der Bruder bevorzugt.
- Auch das Planschen in der Wanne kommt Mädchen mit dem Schaumbad *Prinzessin Sternenzauber* (2,95 Euro bei dm) viel teurer als Jungen die blaue Version namens *Saubär* (1,75 Euro).

2017-12-20-SZ

Widersprüche und 'Wiedersprüche'

Antisemitismus

KZ-Gedenkstätte Buchenwald – Sieg-Heil-Rufe und Hitlergruß

- Der evangelische Pfarrer Gerhard Lob ist Vater eines unehelichen Kindes geworden, weil ihm die rheinische Landeskirche verbietet, die Mutter des Kindes zu heiraten. Der Grund des kirchlichen Eheverbots: Die Frau ist Jüdin.
- Sollte er die jüdisch-christliche Ehe eingehen, würde ihn die Kirche entlassen, wie es vor kurzem einem Pfarrer in Baden widerfuhr.

1990-11-9-ZEIT

- Nach mehr als 30jähriger Zugehörigkeit zur CSU ist Enoch Freiherr zu Guttenberg aus der Partei ausgetreten. Grund ist, dass Bayerns Ministerpräsident Streibl und CSU-Chef Waigel die Berliner Demonstration gegen Antisemitismus und für die Menschenwürde am Sonntag ablehnen.

1992-11-5-AZ Mainz

- Zu gerne wäre das *Wochenblatt* [Regensburg] (Auflage 690 000) eine halbwegs seriöse Boulevardzeitung; doch etwas bleibt vor allem für jene Leser interessant, die gerade ihr altes Schlafzimmer verkaufen wollen, einen günstigen Gebrauchtwagen suchen oder einen Termin mit Madame Tina ausmachten möchten. Es lohne sich also nicht, ein Wort über das *Wochenblatt* zu verlieren, wäre es nicht vor kurzem mit einer Stürmer-reifen Überschrift auf der Titelseite erschienen.
- In Regensburg dreht sich derzeit das Kandidatenkarussell für mehrere städtische Referentenstellen – ein Thema, das offenbar auch das *Wochenblatt* bewegte, und so erschien es mit der knallrot unterlegten Schlagzeile Kultur: Ein Jude?. Gemeint war der Bewerber Rolf Külz aus Berlin, von dem das Anzeigenblatt nur in Erfahrung hatte bringen können, dass er Kulturmanager sei, außerdem kein Bayer, aber ein Jude.
- Derart exponiert und mit einem dicken Fragezeichen versehen, wurde der Eindruck einer suggestiven Volksbefragung vermitteln: Wollt ihr Regensburger wirklich, dass die städtische Kultur von einem Juden bestimmt wird?
- Von der Staatsanwaltschaft, die wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelte, über die politischen Parteien bis in weite Teile der Bürgerschaft hinein regte sich massiver Widerstand. Blankes Entsetzen herrschte bei der Jüdischen Gemeinde. Auch die Kommunalpolitiker reagierten.

- Die *Wochenblatt*-Entgleisung war tagelang Stadtgespräch Nummer eins; das biedere Regensburg aus seinem Dornröschenschlaf gerissen worden und rieb sich entgeistert die Augen.
- Dem *Wochenblatt* blieb keine andere Wahl, als die Flucht nach vorne anzutreten. Unter dem Titel *Antisemitismus: Der Fall Wochenblatt* brachte es eine ganze Seite mit Erklärungen des Autors, der Redaktion und des Verlages. Im Ton noch gewunden, war es in der Sache ein Schuldbekenntnis von entwaffnender Offenheit und Selbstzerknirschung.

1993-12-11-ZEIT

- Die Staatsanwaltschaft Landshut wird den Parteivorsitzenden der rechtsradikalen Republikaner, Schönhuber, nicht strafrechtlich verfolgen. Die Staatsanwaltschaft erklärte gestern, Schönhubers Äußerungen über den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Bubis, rechtfertigten keine Strafverfolgung wegen Volksverhetzung. Eine solche Straftat liege dann vor, wenn ein ganzer Bevölkerungsteil angegriffen werde. Da Schönhuber jedoch ganz konkret Bubis angesprochen habe, liege keine Beleidigung aller in Deutschland lebenden Juden vor.
- Schönhuber hatte Bubis einen der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands genannt.
- Die Entscheidung stieß auf Kritik der jüdischen Gemeinde in Frankfurt.

1994-4-8-AZ Mainz

- Gestern wurde …. bekannt, dass Soldaten des Wachbataillons einer in Siegburg bei Bonn stationierten Ehrengarde öffentlich und in sichtbar betrunkenem Zustand Naziparolen gebrüllt hatten.
- Die Siegburger Soldaten haben Zeugenaussagen zufolge in einem Linienbus betrunken randaliert sowie Juden vergasen und Ausländer raus gerufen. Darüber hinaus sollen sie einen Fahrgast geschlagen haben.
- Der Busfahrer verriegelte die Türen und alarmierte die Polizei.
- Laut Staatsanwaltschaft läuft gegen mehrere Bundeswehrangehörige ein Ermittlungsverfahren.

1994-5-25-AZ Mainz

- Vor der Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald durch 22 Skinheads am Samstag hat es wahrscheinlich eine Panne bei der Polizei gegeben. Nach Angaben des amtierenden Erfurter Polizeipräsidenten Semerak hatte die Polizei die Skin-Gruppe anfangs unter Beobachtung gehabt. Die Polizei habe die Skinheads dann noch beim Baden in einem See beobachtet. Danach sei eine Beobachtungslücke aufgetreten, die noch zu klären sei.

- Die Skins hatten das ehemalige KZ-Gelände mit Sieg-Heil-Rufen und Hitlergruß betreten und die Anlage mit Steinwürfen beschädigt. Sie kamen nach Feststellung der Personalien auf freien Fuß. Nur ein 23jähriger sitzt noch wegen einer anderen Sache.
- Ich bin mit den Nerven fertig. Auch zwei Tage nach den Krawallen in der Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar zittern der Mitarbeiterin noch immer die Knie. Von ihrem Zimmer aus hatte sie am Samstagabend junge Rechtsradikale beobachtet, die mit Sieg-Heil-Gegröle und Hitlergruß über die Gedenkstätte herfielen.
- Dich brennen wir an! – diese Worte hatte einer der 22 Kahlköpfe der älteren Frau bei der anschließenden Gegenüberstellung ins Gesicht geschleudert – in Gegenwart der Polizei.

1994-7-26-AZ Mainz

- Die Supermarktkette Edeka und ihre Werbeagentur Jung von Matt (JvM) versuchen es in diesem Jahr mit dem Werbespot *Zeit schenken*.
- Das könnte ein ganz netter Spot sein, wären da nicht die Kennzeichen der Autos, die in dem Clip zu sehen sind: *MU-SS 420* steht auf einem Wagen, *SO-LL 3849* auf einem anderen.
- Um die Kennzeichen ist nun eine Diskussion entstanden, weil man auf diesen Anspielungen auf den Nationalsozialismus entdecken könnte. So ist *SS* als Kennzeichen in Deutschland wegen seiner historischen Bedeutung verboten, die Zahl 420 kann auch als *Four-Twenty* gelesen werden, Hitlers Geburtstag.
- Edeka ist nicht das erste Unternehmen, das mit Werbung unangenehm auffällt. Tchibo etwa erlebte vor einigen Jahren ein Debakel, als man in Kooperation mit Esso für verschiedene Kaffeesorten werben wollte – mit dem Satz *Jedem das Seine.* Der …. wurde von den Nazis missbraucht und am Eingang des Konzentrationslagers Buchenwald angebracht.

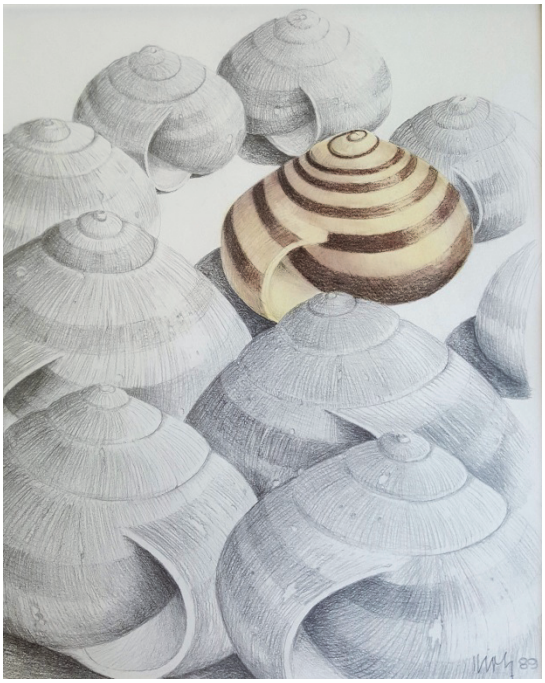
2016-11-25-SZ

- Die Berichte häufen sich, und sie kommen aus Frankreich wie aus Großbritannien, aus den USA und Deutschland.
- Laut Kriminalstatistik gab es 2015 und 2016 jeweils etwa 1300 Straftaten, nach Informationen der Rias [Recherche- und – Informationsstelle Antisemitismus] und anderer nichtstaatlicher Organisationen sind es aber deutlich mehr, Tendenz steigend.

2017-2-24-SZ

Ausgegrenzte

Einkommen durch Betteln kürzt Unterstützung aus Hartz IV.
Bettelei zur Belästigung erklärt, Bußgelder ausgeschrieben



(Konrad Hirtz, 1924 - 2016, Mainz 1989
Unikat 1992, Copyright R. Zander)

- Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik lag 1986 erstmals über der Drei-Millionen-Grenze. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden bezogen 1,7 Millionen Frauen und 1,3 Millionen Männer Leistungen der Sozialhilfe. Das sind 4,9 % der Gesamtbevölkerung.
- 1986 wurden 7,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor registriert.

1988-3-22-AZ Mainz

- In nur acht Jahren hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter 50 Jahren in der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, erhielten Ende 1988 mehr als 1,3 Millionen der Bürger unter 50 Jahren finanzielle Hilfen zum Lebensunterhalt.
- Ende 1980 waren es noch 587 000.

1990-4-10-AZ Mainz

- Das Gericht [Amtsgericht, Flensburg] sprach einem Ehepaar eine Preisminderung zu, weil in dem Hotel, in dem es mit seinen zwei Kindern die Ferien verbrachte, auch zehn Rollstuhlfahrer als Urlaubsgäste waren.
- Nach der Urteilsbegründung war der Familienurlaub mit Mängeln behaftet, da die Familie ihre Mahlzeiten im Speiseraum des Hotels nicht unbeschwert genießen konnte.
- Der unausweichliche Anblick der behinderten Feriengäste verursachte Ekel und erinnerte ständig in einem ungewöhnlich eindringlichen Maße an die Möglichkeiten menschlichen Leidens.

1992-12-4-DÄ

- Einem Obdachlosen darf die Sozialhilfe nicht generell mit dem Argument der fehlenden Haushaltsführung gekürzt werden. Das geht aus einem am Freitag veröffentlichten Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Koblenz hervor.
- Die Richter änderten damit eine anderslautende Entscheidung des Verwaltungs-gerichts Mainz ab (Az.: 12 A 11708/92).
- Eine 35jährige obdachlose Frau hatte sich dagegen gewandt, dass ihr die Stadt Mainz die Sozialhilfe um 25 Prozent gekürzt hatte. Die Begründung der Stadt: Das Fehlen eines Haushalts führe zu einem Minderbedarf von etwa 120 Mark monatlich.
- Dem hielt die Frau entgegen, dass sie einen erhöhten Kleiderverschleiß habe, außerdem für ihr Gepäck ein Schließfach mieten sowie einen Waschsalon benützen müsse.

1993-4-24-AZ Mainz

- Am Monatsersten geht es in den Schalterhallen der Stadtsparkassen [Mannheim] zu wie am Hauptbahnhof: Sozialhilfeempfänger, die über kein eigenes Konto verfügen, strömen herein, um ihre Barchecks einzulösen.
- Die Sparkasse ist an dieser Sorte Kundschaft nicht gelegen.
- Ein republikweit bisher einmaliges Pilotprojekt schafft nun Abhilfe: Ab 1995 sollen in allen Sozialamtsstellen Geldautomaten aufgestellt werden, die auf Mark und Pfennig die Sozialhilfe auszahlen.
- Wir vermeiden in Zukunft den bei Kunden und Mitarbeitern durch unangenehme Begleiterscheinungen einzelner Sozialhilfeempfänger aufgetretenen Unmut im emotionalen Bereich, informiert die Bank.
- Auch für die Sozialhilfeempfänger bedeutet das eine emotionale Verbesserung – schließlich ist er nur noch auf dem Amt als solcher zu erkennen.
- Stadt und Sparkasse loben die neue Technik unisono.

1994-9-23-ZEIT

- Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) feststellt, nahm die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte zwischen 1980 bis 1994 von 284 000 auf rund 1,18 Millionen zu. Sozialhilfe empfingen im vergangenen Jahr in den alten Ländern 721 000 Haushalte gegenüber 299 000 im Jahr 1980.
- Beide Gruppen machten 1994 etwa sechs Prozent aller westdeutschen Privathaushalte aus. 1993 lag der Anteil der Selbständigen bei knapp sieben Prozent.
- Das Einkommen der Selbständigen stieg zwischen 1980 und 1994 von 7 292 Mark auf 16 477 Mark.
- Sozialhilfeempfänger bezogen 2 279 DM. Dies waren 1994 rund 44 Prozent des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte.

1995-5-4-AZ Mainz

- Rund 2,33 Millionen Menschen oder 2,9 Prozent der rund 81 Millionen zählenden Bevölkerung Deutschlands lebten Ende 1994 am Rande des Existenzminimums und erhielten Sozialhilfe.
- An Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz wurden dafür nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gestern 1994 insgesamt 49,6 Milliarden ausgegeben.

1996-5-29-AZ Mainz

- Der wegen seiner Forderung nach einer Bettlersteuer heftig in die Kritik geratene Hamburger FDP-Chef Hans-Jochen Widmann bleibt im Amt. Nach einer turbulenten Sitzung des Landesvorstands der Hamburger FDP überstand Widmann einen Misstrauensantrag mit fünf gegen vier Stimmen.
- Widmann hatte zuvor in einer vorbereiteten Erklärung seine umstrittenen Thesen zurückgezogen.

1996-10-23-ZEIT

- Doch dieses Mal hat es der wortgewaltige Sparpolitiker wohl doch zu weit getrieben. Sarrazin hatte im Magazin *Cicero* auf die Frage nach seinem persönlichen Mindestlohn freimütig bekannt: Für fünf Euro würde ich jederzeit arbeiten gehen.
- Die Kritik von allen Seiten zeigte offenbar Wirkung. Denn am Donnerstag entschuldige sich Sarrazin, wenn auch nicht persönlich, sondern über seine Sprecherin Kristina Tschenett.
- Meine Mindestlohn-Aussage war unsensibel.

2008-6-20-SZ

- F. ist arbeitslos und Hartz-IV-Empfänger. 351 Euro vom Staat und der Zuschuss zur Miete reichen kaum zum Leben. F. setzt sich in der Fußgängerzone

auf den Boden, stellt Blechdose und Pappschild auf und hofft, dass Passanten ein paar Münzen übrig haben. Er bettelt.

- Der Mann hatte Pech: Ein Sachbearbeiter vom Sozialamt passierte in der Mittagspause die Stelle, an der Klaus F. bettelte, erkannte den Mann und schaute dann – nicht nur einmal – ganz genau hin.
- In einem Brief vom Fachbereich Soziales der Stadt Göttingen konnte F. später lesen: In den letzten Tagen habe ich Sie mehrfach gesehen, wie Sie vor dem Rewe-Supermarkt (…) gebettelt haben. Zuletzt lagen am 3.1. 2009 in der Mittagszeit circa 6 Euro und heute gegen 13 Uhr etwa 1,40 Euro in einer Blechdose.
- Der pflichtgetreue Staatsdiener rechnete die Beträge hoch und kündigte an: Ich beabsichtige daher, (...) einen Betrag von 120 Euro als Einkommen durch Betteln anzurechnen. Künftig werde Herr K. nur noch 231 Euro Unterstützung aus Hartz IV monatlich erhalten.
- Noch nie hat das Sozialthermometer in Deutschland eisigere Temperaturen angezeigt.
- Die Stadt Göttingen hat Klaus F. inzwischen zu seinen Einkünften befragt und den vorläufigen Bescheid wegen der vorgesehenen Kürzung der Leistungen korrigiert, zurückgenommen hat sie ihn nicht.

2009-3-28/29-SZ

- 50-mal im Monat greifen Polizisten auf diese Weise durch, schätzt das städtische Kreisverwaltungsreferat.
- Wäre das anders, würden Menschen, die in einem Pappbecher oder einer Mütze Kleingeld sammeln, hier vielleicht zum Stadtbild gehören wie in anderen europäischen Städten auch.
- München hat 1980 entschieden, das nicht zuzulassen. Die Stadt hat damals die Bettelei zur Belästigung erklärt, Bußgelder ausgeschrieben und Streifen losgeschickt.

2011-11-8-SZ

- Zahlen der Deutschen Rentenversicherung, Arme sterben früher; Männer, die lange in der Rentenversicherung sind, die also mindestens 35 Versicherungsjahre vorweisen, die aber weniger als 75 Prozent des Durchschnittlohnes verdienten.
- 2001 wurden sie im Schnitt noch 77,5 Jahre alt, zehn Jahre später liegt die Lebenserwartung dieser Gruppe fast zwei Jahre darunter.
- Besonders deutlich ist der Rückgang in den neuen Bundesländern. Männer, die während ihrer Berufstätigkeit weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens erhielten, sterben dort heute 2,6 Jahre früher als noch 2001.

2011-12-13-SZ

- Daten des Bundesarbeitsministeriums: Demnach wurde in 42,5 Prozent aller Fälle bei Klagen gegen Sanktionen dem Arbeitslosen Recht gegeben.
- Von 6367 entschiedenen Klagen wurden 2708 vollständig oder teilweise zugunsten der Betroffenen entschieden.
- Die Sanktionspraxis führt zu massenhaften Rechtsverstößen.

2014-6-17-AZ Mainz

- Dass in Deutschland drei Millionen Kinder und Jugendliche in Armut leben, ist wahrhaftig ein Skandal und ein Armutszeugnis für eine Gesellschaft.
- Wenn die Politiker unseren Kindern und dem Kindergrundrecht so viel Engagement und Einsatz schenken würden wie der Automobilindustrie, dann wäre mir um die Zukunft unsere Kinder und den Wirtschaftsstandort Deutschland (Innovationen, Kreativität, Ideen, Lebensqualität) nicht bang.

2017-1-25-SZ LB

- Graphik: Armutsquote in Deutschland (2015):
  Bayern 11,4 %; Deutschland 14,7 %; Mecklenburg-Vorpommern 24,1 %.

2017-3-3-SZ

- Die Kanzlerin will mehr für Langzeitarbeitslose tun. Ziel müsse es sein, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Das sagte die CDU-Chefin bei ihrem Wahlkampfauftritt in Dortmund.
- Doch im Bundeshaushalt ist dafür weniger Geld vorgesehen.
- Wie viel gestrichen wird, ist in den Etatansätzen nachzulesen: 2017 waren 4,443 Milliarden Euro innerhalb des Hartz-IV-Systems für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vorgesehen.
- 2018 plant Schäuble mit 4,185 Milliarden Euro, also genau 258 Millionen weniger.

2017-8-14/15-SZ-LB

Epilog

Im Gespräch mit der ZEIT kritisierte Richard von Weizsäcker den Parteienstaat. Der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel stimmt dem Bundespräsidenten zu und ergänzt seine Mahnungen: Wo bleibt das Prinzip Verantwortung?

Richard von Weizsäcker nimmt mit Blick auf die Parteien kein Blatt vor den Mund. Sie seien machtversessen und machtvergessen zugleich, sagte der Bundespräsident im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger.

Sie hätten ihren Einfluss weit über das Maß hinaus ausgedehnt, das der Artikel 21 des Grundgesetzes ihnen einräume. Sie versuchten überall – nicht nur in den öffentlich-rechtlichen Medien – bestimmenden Einfluss zu nehmen.

Eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger lehnten die Parteien ab. Probleme instrumentalisierten sie, um sich gegenseitig zu bekämpfen, statt sie zu lösen. Vernünftige Anträge würden allein schon deswegen abgelehnt, meint Richard von Weizsäcker, weil sie von der jeweils anderen Partei kämen. Ihre Personalauswahl tendiere zum parteiabhängigen Berufspolitiker, der weder Fachmann noch Dilettant sei, sondern ein Generalist mit dem Spezialwissen, wie man den politischen Gegner bekämpfe und die eigene Wiederaufstellung sichere.

Insgesamt hätten sie sich zu einem ungeschriebenen sechsten Verfassungsorgan entwickelt, das auf die anderen fünf Verfassungsorgane einen immer weitergehenden, zum Teil völlig beherrschenden Einfluss nehme.

Dennoch seien die Parteien machtvergessen, weil sie ihren inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgaben nicht nachkämen. Ihre Utopie sei der Status quo, ein Leben auf Kosten der Zukunft, um sich die Gegenwart zu erleichtern. Außerdem hätten sie die Kontrolle der Exekutive durch das Parlament außer Kraft gesetzt, der Gedanke, eine solche Kontrolle fände statt, sei geradezu herzbewegend.

1992-7-10-ZEIT